



Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Aschaffenburg-Land

Newsletter Nr. 3/2014 der Kreistagsfraktion



Liebe Grünen Freundinnen und Freunde,

„Unglaublich, wie die Zeit vergeht!“ Dies stellen wir alle am Jahresende fest, auch unserer Kreistagsfraktion geht es so. Einerseits kommt es uns noch gar nicht so lange vor, dass wir unsere Arbeit im Gremium begonnen haben, andererseits ist seit dem letzten Newsletter schon wieder einiges passiert, über das wir Euch hier berichten wollen.

Dr. Michael Behl

Ende Juli nahm ich an der Sitzung des Stiftungsrats der Bürgerstiftung für den Landkreis Aschaffenburg teil. Dort wurde beschlossen, der LBV-Umweltstation Kleinostheim für den dringend nötigen Austausch der EDV-Anlage 2600 € zukommen zu lassen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Kreistags hat am 21.11.14 zum zweiten Mal getagt. Ende November habe ich an einem dreitägigen Seminar für Rechnungsprüfer beim Bayerischen Selbstverwaltungskolleg in Fürstenfeldbruck teilgenommen. Dort wurden von erfahrenen ReferentInnen die Grundlagen des kommunalen Haushaltsrechts dargelegt und es wurde gezeigt, wie man bei der Rechnungsprüfung nicht nur die formale Korrektheit bei der Führung des kommunalen Haushalts prüft, sondern vor allem auch auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit achtet.

Theo Grünewald

Seit dem letzten Newsletter vom September war ich als Vertreter für Eva-Maria in einer Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses. Hier gab es Informationen über die Entwicklung über die SchülerInnenzahlen an den Schulen des Kreises und zur deren Beförderung.

Ebenso erhielten wir einen Überblick über die Situation der Grund- und Mittelschulen im Landkreis. Einen kleinen Punkt fand ich ernüchternd: Die Stadt Alzenau hat eine Förderung eines denkmalgeschützten Häuschens im Michelbacher Weingarten beantragt. Dafür gibt es eine Fördersatzung, die bis zu 10% Zuschuss auslobt. Für die Maßnahme, die 32.000 € kostet, hat die Stadt 5.000€ beantragt, das wurde mit CSU/NM-Mehrheit auch so beschlossen. An dieser Stelle frage ich mich dann, warum man eine Satzung mit Höchstsätzen vorsieht, wenn man doch so abstimmt, wie man will?

Am 17.11. fand die Sitzung des Umwelt und ÖPNV-Ausschusses mit umfangreicher Tagesordnung statt: Wesentliche Punkte daraus: Unserem Antrag zur Auskunft über den neuen bayerischen Windatlas wurde Rechnung getragen. Frau Rock von der Regierung von Unterfranken bestätigte die gute Windsituation in unserer Region. Als Fazit wurde jedoch festgestellt, dass die Eigenschaft des Spessarts als Naturpark und vor allem die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes einer Zonierung mit Ausweisung von Vorranggebieten widersprechen.

Passend zu diesem Thema hat Herr Hoos, der Energiemanager des Landkreises, einen Überblick über die Erneuerbaren Energien im Landkreis gegeben. Drei Ergebnisse daraus:

- Alle erneuerbaren Energieformen liefern im Landkreis so viel Strom, wie das Laufwasserkraftwerk in Kleinostheim.
- Bayernweit im Schnitt aus PV dreifacher Stromertrag pro Kopf wie im Landkreis
- Anzahl der Windkraftanlagen: 0

Alles in allem müssen wir, trotz der Hochglanzbroschüren, nicht stolz auf unseren erreichten Beitrag zur Energiewende sein. In der Abfallwirtschaftssatzung konnte ich erreichen, dass die Verwendung von Mehrweggeschirr bei kreiseigenen Veranstaltungen (z.B. Schulveranstaltungen) weiterhin ausdrücklich verpflichtend vorgeschrieben wird.

Spannend fand ich den Beitrag von Hr. Beetz zur Situation und Zukunft im ÖPNV. Er berichtete, welche Umgestaltungen und Verbesserungen im Liniennetz vorgenommen werden aber auch wo es - vor allem durch momentane Bauarbeiten - derzeit keinen Sinn ergibt, Neues anzugehen.

Barbara Hofmann

Der Sozialausschuss, in dem ich vertreten bin, hat sich im November erstmalig getroffen. Wie in jedem unserer Ausschüsse ging es hier vor allem um die Haushaltsplanung. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion haben wir hierzu einen Antrag für ein Landkreis-weites Busticket für Menschen mit geringem Einkommen gestellt. Wir halten Euch auf dem Laufenden, wie darüber abgestimmt wird.

Ein weiteres Thema, das alle Ausschüsse beschäftigt, ist die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Landkreis. Hier haben sich zwischenzeitlich mehrere Landkreisgemeinden bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen und der Landkreis hat eine weitere Sozialarbeiter-Stelle für die Betreuung der Flüchtlinge und Ehrenamtlichen geschaffen. Meiner Meinung nach hinkt aber diese hauptamtliche Betreuung dem Bedarf weit hinterher. Wir haben daher überlegt, im Frühjahr in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat einen Infoabend für unsere Grünen-Ortsverbände anzubieten, an dem Grundsätzliches über das Asylrecht, aber auch die Möglichkeiten für Ehrenamtliche gesprochen wird. Viele Fragen und Probleme betreffen sicherlich mehrere Orte.

Ich finde es daher wichtig, dass sich die Ortsverbände zu dieser Thematik vernetzen.

Claudia Neumann

Seit unserem letzten Rundbrief habe ich Sitzungen des Jugendhilfeausschusses, des Ausländerbeirates und des Kreisjugendrings besucht.

Aus dem Jugendhilfeausschuss:

Herr Fahle stelle in der Sitzung am 19. November das Amt für Kinder, Jugend und Familie mit derzeit 69 MitarbeiterInnen und dessen Aufgabengebiete vor.

Der Landkreis Aschaffenburg beabsichtigt in Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken 18 Nachsorgeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu schaffen. Hierzu wurden verschiedene interessierte freie Träger angefragt. 8 Plätze für weibliche unbegleitete Jugendliche wird es demnach im Haus Mirjam in Schöllkrippen geben, darüber hinaus soll noch eine heilpädagogische Wohngruppe für weitere 10 männliche unbegleitete Flüchtlinge aufgebaut werden. Träger der Wohngruppe ist die evangelische Jugendhilfe in Würzburg. Es wird derzeit noch intensiv nach einer geeigneten, stadtnahen Unterkunft für die Wohngruppe gesucht.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte außerdem der 1/3 Förderung einer 0,5-Fachstelle Jugendsozialarbeit an der Johannes-de-la-Salle-Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung ab dem 01.01.2015 unter der Federführung der Stadt Aschaffenburg einstimmig zu. Die Kosten dieser Stelle werden jeweils zu einem Drittel von der Stadt Aschaffenburg, dem Landkreis Miltenberg und dem Landkreis Aschaffenburg getragen.

Bereits am 26.11.2012 beschloss der Jugendhilfeausschuss die Neuausrichtung der Grundschulsozialarbeit. Mit der Neuausrichtung sollen Schüler bereits frühzeitig erreicht und Zugänge geöffnet werden. Die Umsetzung des präventiven Angebotes des Landratsamtes Aschaffenburg erfolgt durch zwei JaS-Fachkräfte, mit jeweils einer halben Stelle. Der Projektumfang besteht aus einem Projekt „soziales Lernen“ in je einer Klasse pro Schule, hierzu wird eine Doppelstunde wöchentlich sowie die Nach- bzw. Vorbereitungszeit mit einer Schulkraft benötigt. Daneben gibt es einen Präsenz-Tag der Fachkraft in der Schule. An dem Präsenztag finden Beratungs- und Vermittlungsgespräche für Schüler, Eltern und Lehrkräfte statt.

Durch die Jugendsozialarbeit soll die Hemmschwelle gegenüber Ämtern und Beratungsstellen abgebaut und kurze Wege zwischen Schule und Jugendhilfe geschaffen werden.

Die 4 aktuellen Standorte im Schuljahr 2014/2015 für die Jugendsozialarbeit an Schulen sind die Ascapha Grundschule Mainaschaff, die Erich-Kästner-Grundschule Alzenau, die Grundschule Hösbach Bahnhof/Winzenhohl und die Ivo-Zeiger-Grundschule Mömbris. Die Zukunftsvision ist das Bedienen weiterer Schulen in einem kürzeren Zeitraum durch personellen Ausbau mit dem Ziel, alle Grundschulen im Landkreis Aschaffenburg zu erreichen. Dies soll durch die Aufstockung der Haushaltsmittel und des Ausbaus des Stellenplans geschehen. Dies wurde im Jugendhilfeausschuss so auch beschlossen.

Aus dem Ausländerbeirat:

In insgesamt 5 Sitzungen wurde der Stand beim Fest „Brüderschaft der Völker 2014“ besprochen. Mein Vorschlag für einen Luftballonwettbewerb fand bei den Besuchern des Festes großen Anklang. Des Weiteren haben wir uns schon Gedanken für unseren Stand bei der Landesgartenschau 2015 in Alzenau gemacht.

Beim „Preis für Menschlichkeit 2014“, den der Ausländerbeirat vergibt, sitze ich in der Jury.

In der Herbstvollversammlung 2014 des **Kreisjugendrings Aschaffenburg** habe ich unsere Grüne Kreistagsfraktion vertreten.

Stephan Roth-Oberlies

- Fraktionssprecher –

Es gab seit Oktober drei Sitzungen des **Zweckverbands Klinikum Aschaffenburg**. Das Wichtigste: Die Satzung für die fusionierten Krankenhäuser wurde von uns Verbandsräten beschlossen. Damit gibt es ab dem 31.12. nur noch das Klinikum Aschaffenburg - Alzenau. Als nächstes wird die Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH vorbereitet.

Das Klinikum ist eine ständige Baustelle: Nachdem die Notaufnahme fertig ist, soll ein dringend benötigtes zweites MRT kommen, für das ein Anbau errichtet wird. Die Lüftungstechnik und die OPs müssen erneuert werden.

Jetzt steuert auch das Klinikum schon die meisten Kliniken in Deutschland auf ein Defizit zu, das von Kreis und Stadt zu tragen ist.

Mit seinem Antrag, die **Sparkasse** sollen Gewinne aus ihrem Betrieb an ihre Eigner - Stadt und Kreis Aschaffenburg abführen, hat Stadtrat Johannes Büttner - mal wieder - für ordentlich Wirbel gesorgt. Der Vorstand der Sparkasse sah sich deshalb genötigt, die Kreis- und Stadträte in einer streng vertraulichen Sitzung über die finanzielle Situation der Bank aufzuklären. Interessant war dann aber, dass vieles aus der Sitzung am nächsten Tag im ME stand. Deshalb darf es auch erzählt werden: Die Sparkasse hat wirklich ein gutes Polster, trotzdem soll nach dem Willen von Landrat und OB nichts abgeführt werden, um für alle möglichen und unmöglichen Eventualitäten gerüstet zu sein. Entscheidende Befugnisse hat da nur der Vorstand und der Verwaltungsrat, in dem wir nicht vertreten sind. Die Verbandsversammlung, in der Astrid uns vertritt, darf nur zur Kenntnis nehmen.

Der **Kreisausschuss** musste zur Kenntnis nehmen, dass in diesem Jahr die Ausgaben für Hartz 4 (SGB II) allein für den Kreis um 800.000 über dem Ansatz im Haushalt liegen - eine heftige Mehrausgabe, für die es keine befriedigende Antwort gab, die aber ohne Nachtragshaushalt bewerkstelligt werden kann.

Der Haushalt 2015 stand im Mittelpunkt zweier Sitzungen. Wie schon der Zeitung zu entnehmen steigen die Einnahmen des Kreises bei konstanter Kreisumlage. Außerdem sinkt die Bezirksumlage. Trotzdem bleibt nicht mehr Geld übrig, weil die Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe und für Personal deutlich steigen.

Die größten Investitionen gibt es im Klinikum (1,5 Mio.), Straßenbau: OD Waldaschaff 0,9 Mio., Ortsumfahrung Pflaumheim weitere 0,8 Mio., Kreisel Geiselbach 325 Ts. -gegen den ich mich deutlich ausgesprochen habe- und viele weitere Maßnahmen (siehe Bauausschuss) - insgesamt ca. 4 Mio. Positiv: Einbau eines BHKW an der Realschule Alzenau für 230 Ts.

Personal auch für die Flüchtlingsbetreuung wird aufgestockt, es gibt einen Ansatz für ein Sozialticket, Schulden werden abgebaut.

Artur Schnatz

Mein Bericht aus dem Bauausschuss

Hochbauverwaltung (Bericht 2014)

Pestalozzischule - Bau der Photovoltaikanlage (90kwp) = 130.000,-- €

Realschule Bessenbach - Bau der Photovoltaikanlag (42 kwp) = 52.000,-- €

Kreiskrankenhaus Alzenau/Wasserlos - Bestandssanierungen, Brandschutz, Hygieneumbau OP und Anbau = 18,8 Mio. €

Gebäudemanagement f. alle eigenen Gebäude (= Reinigung, Energie, Heizung, Strom, sonstige Ver-/Entsorgung, Mobiliar, Versicherungen.... = 3,5 Mio. €

Tiefbau (Bericht 2014)

Ortsdurchfahrt Waldaschaff (Bauabschnitt 3) = 170. 000,-- €

Ortsdurchfahrt Waldaschaff (Bauabschnitt 2b) = 2.4 Mio. €

AB 12 (Kreisstraße) Krommbach - Deckenbau = 300 000,-- €

AB 4 Rothenbuch, Hafenlohr - Renaturierung = 200 000,-- €

und verschiedenen andere Maßnahmen.

Wiederholt wurde über die Sanierung des Landratsamtsgebäudes gesprochen. Diese ist hauptsächlich energetisch, ver-/entsorgungstechnisch, elektrisch, datentechnisch nach 30 Jahren notwendig. Da aber an verschiedensten Stellen Abteilungen ausgelagert sind, scheint es sinnvoll, die Sanierung mit einer Erweiterung, von ca. 50 Büros, zu verbinden. Ein größeres Problem könnten hierbei die Stellplätze sein. Zunächst wird mit der Stadt Aschaffenburg wegen einer möglichen Baugenehmigung gesprochen.

Für die „Bembel“ wurde eine Machbarkeitsstudie zur Optimierung der „50!“ Bahnübergänge

beschlossen. Kritisch sehe ich, dass deren Ergebnisse dann ja auch von den jeweiligen Gemeinden umgesetzt werden müssen!?

Für die im Kreishaushalt eingestellten Zuschüsse für die gemeindliche Radwegförderung von 250.000,-- € (max. 35%) wurden Anträge für 485.000,-- € gestellt. Die Verwaltung geht aber davon aus, dass unsere 250.000,-- € reichen werden, da verschiedene Maßnahmen sicher in 2015 nicht rechnungsmäßig beendet sein werden.

Der Neubau der Brücke über die Bahnlinie bei den Weiberhöfen ist auf den Weg gebracht, wird aber wegen der ewig langen Vorlaufzeiten der Bundesbahn erst in 2017 verwirklicht. Ein Radweg auf der Brücke wurde ebenfalls in Auftrag gegeben. Des Weiteren wurde für den Radweg davor und danach, also vom Kreisel Hösbach-Bhf. ins Gewerbegebiet Weiberhöfe ein Planungsauftrag für ein Ing.Büro vergeben.

Wer über einzelne Maßnahmen noch genauer Bescheid wissen möchte, kann sich gerne mit mir in Verbindung setzen.

Eva-Maria Simon Reising

Am 29.10.2014 fand die Sitzung der **Verbandsversammlung des ZRF Bayerischer Untermain** statt.

In die am 19.02.14 beschlossene **Satzungsänderung** wurden die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen übernommen. Außerdem wurde beschlossen, dass die Geschäftsstelle auch durch einen stellvertretenden Geschäftsführer geleitet wird (der bereits von der Verbandsversammlung bestellt worden war).

An der Feuerwache Aschaffenburg wurde ein **Abrufplatz** für Rettungswagen eingerichtet.

In Abstimmung mit den Rettungsdienstbereichen Würzburg und Schweinfurt wird in Unterfranken einheitlich die **Vorwahlfreiheit** der Notrufnummer **19222** zum 31.12.2015 auslaufen.

Der Leiter der **Bergwacht Mespelbrunn** berichtete über die vorgesehene Umstrukturierung der Bergwacht mit einem Standort im Raum Hösbach (bereits umgesetzt) und einem weiteren Standort im Bereich südlicher Spessart (in Planung).

Schließlich berichtete Herr Weigandt über die **Umsetzung des Digitalfunks in der Leitstelle**. Dieser lief bereits seit September 2014 im Test- und Probetrieb. Ende November soll die Abnahme erfolgen. Er hob hervor, dass die ILS Bayerischer Untermain erst die zweite ILS ist, die in Bayern auf Digitalfunk umgestellt wird und dass Aschaffenburg somit eine „Pilotstellung“ hat.

Astrid Stüllein

Im Sparkassenzweckverbandsausschuss wurde in der nichtöffentlichen Sitzung vom 4.7.2014 nach 3 Minuten die Sitzung geschlossen. Nach Antrag von Klaus Herzog auf Verzicht des Vortrages des Sparkassengeschäftsberichtes, der jedem Mitglied vorlag, wurde mit einer Gegenstimme dem Antrag stattgegeben. Somit wurde der Geschäftsbericht vom Verbandsausschuss genehmigt. Mitglied Johannes Büttner kam nach Sitzungsende. Er hatte einen Antrag, der laut Satzung nicht mehr behandelt werden durfte, da die Sitzung geschlossen war. Einiges war dann auch im Main Echo tags drauf zu lesen. Ich persönlich darf mich nicht äussern, da ich stillschweigen halten muss.

Aus den folgenden Unstimmigkeiten zwischen Stadtrat Johannes Büttner und den Vorsitzenden des Verbandsausschuss Klaus Herzog, Landrat Ulrich Reuter und dem Sparkassenvorstand resultierte die Einladung zu einer aufklärenden Sitzung aller KreisrätInnen und StadträtInnen, an der Stephan für mich teilnahm. Weiteres könnt ihr bei Stephan lesen.

In der Novembersitzung des Personalausschusses wurde der Stellenplan 2015 vorgestellt. Er sieht 331,2 Planstellen vor, davon 43,35 Beamtenstellen, 44,1 Stellen für den Sozialen Dienst und 243,75 Stellen für sonstige Tarifbeschäftigte. Das sind 7,85 Stellen mehr als im Vorjahr.

Für die Zusatzaufgaben bei der Betreuung von Flüchtlingen wurden insgesamt 4,35 zusätzliche Stellen vorgesehen, nämlich 2,25 Stellen für die wirtschaftliche und soziale Betreuung, 1,3 Stellen für den Bereich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und einen Stellenanteil von 0,8 im Bereich der Ausländerbehörde.

Zusätzlich eingeplant wurde eine 0,7 Stelle für die Jugendsozialarbeit an Grundschulen, eine befristete Stelle 0,5 Stelle für die Jugendhilfeplanung , zusätzliche Stellenanteile für die Betreuungsstelle(0,5) und die Seniorenberatung(0,25), sowie eine befristete 0,75 Stelle für das Projekt „ Bildungsregion Landkreis Aschaffenburg“. Zudem ist vorgesehen eine Stelle für den Bereich Bürgerhilfe/Internet/Soziale Netzwerke sowie eine Stellenanhebung von 0,2 im Schreibdienst des Gesundheitsamtes. Für 1,7 Stellen , auf denen bisher staatliches Personal tätig war, wird der Einsatz von Kreisbediensteten notwendig, 1 Stelle im Bereich Abfallwirtschaft und eine 0,7 Stelle im Bereich Zentrale /Archiv.

Stellenreduzierungen gab es im Bereich Hochbauverwaltung (1,0), Finanzverwaltung(0,5) und in der KFZ- Zulassung (0,6).

Wir sagen allen herzlich Danke, die uns und unsere Arbeit unterstützt haben.

Auch im kommenden Jahr wollen wir den Landkreis aktiv mitgestalten und grüner machen. Dazu brauchen wir Euch!

Wir wünschen Euch ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2015

Die Grüne Kreistagsfraktion

